

Europa neu denken.

Rede des Spitzenkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Europawahl 2014.

Martin Schulz beim außerordentlichen SPD-Bundesparteitag am 26. Januar 2014 in Berlin.

Europa neu denken.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

herzlichen Dank für Euer überwältigendes Vertrauen.

Ich verspreche Euch: Ich werde alles tun – alles!-, um diesem Vertrauen gerecht zu werden.

Ihr könnt Euch darauf verlassen: Mit aller Kraft werde ich für unsere gemeinsame Sache kämpfen.

Ich kämpfe dafür, dass wir als SPD am 25. Mai um 18.00 Uhr jubeln, weil der Balken nach oben geht! Weil wir zulegen werden!

Ich kämpfe dafür, dass das europäische Projekt wieder mit der Hoffnung auf eine gute Zukunft verbunden wird! Für uns, für unsere Kinder und für unsere Enkel.

Ich kämpfe dafür, dass das Leben der Menschen in Europa besser wird!

Ich kämpfe dafür, weil ich weiß: Gemeinsam schaffen wir das!

Am 23. Mai letzten Jahres, beim Fest anlässlich des hundertfünfzigjährigen Bestehens der SPD hat Sigmar Gabriel erstmals den Vorschlag meiner europäischen Spitzenkandidatur formuliert. Wer hätte damals, am 23. Mai des vergangenen Jahres, geglaubt, dass wir als starke Partei in der Regierung sind, dass wir als Regierungspartei Deutschland gestalten und Europa mitgestalten?

Wer hätte damals geglaubt, dass wir mit Sigmar Gabriel einen starken Vize-Kanzler und Minister für Wirtschaft und Energie haben - Sigmar, was du in den vergangenen Monaten für die Partei und für Deutschland geleistet hast, dafür will ich dir von Herzen danken! Das ist ein großer Schritt für Deutschland nach vorne.

Wer hätte damals geglaubt, dass wir mit Andrea Nahles die Ministerin für Soziales und Arbeit stellen, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier einen Außenminister haben, der dem Amt wieder Gewicht gibt.

Wer hätte damals gedacht, dass wir mit Barbara Hendricks, mit Manuela Schwesig, mit Heiko Maas und mit Aydan Özoguz, sozialdemokratische Politik für Deutschland machen! Zusammen mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten unserer Länder, angeführt von ihrer Koordinatorin, meiner Landesmutter, Hannelore Kraft und mit Thomas

Oppermann an der Spitze der Fraktion und mit Euch, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir diesen Europawahlkampf gemeinsam führen und gemeinsam gewinnen!

Gleich werden wir mit den Wahlen von Yasmin Fahimi als neuer Generalsekretärin, mit Ralf Stegner als neuem stellvertretenden Parteichef und Dietmar Nietan als neuem Schatzmeister die Weichen für die SPD in die richtige Richtung stellen. Ich drücke Euch, Yasmin, Dietmar und Ralf, die Daumen für die Wahl! Meine Stimme bekommt ihr!

Die Europawahl 2014 ist nicht irgendeine Wahl.

Bei der Europawahl 2014 steht viel, sehr viel auf dem Spiel.

So eine Wahl hat es noch nie gegeben, nicht auf diesem Kontinent und auch nirgendwo sonst auf dieser Welt.

Zum ersten Mal entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, wer an der Spitze der europäischen Exekutive steht - wer Kommissionspräsidentin oder Kommissionspräsident wird.

Zum ersten Mal entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, was für eine Politik sie für Europa wollen - welches Europa sie wollen.

Zum ersten Mal haben die Menschen in Europa die Möglichkeit durch ihre Wahlentscheidung die Richtung der EU maßgeblich zu beeinflussen.

Die Europawahl 2014 wird ein Meilenstein für die europäische Demokratie!

Bei der Europawahl 2014 geht es darum, ob wir einfach so weiter machen wie bisher. Oder ob wir Europa verändern und ein anderes Europa schaffen.

Bei der Europawahl 2014 geht es darum, wer das Mandat bekommt, die nächsten fünf Jahre Politik in Europa zu gestalten und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Ich will dieses Mandat. Ich will dieses Mandat mit Eurer Hilfe von den Wählerinnen und Wählern erbitten. Weil ich Europa verändern will. Weil ich Europa besser machen will.

Für mich geht es bei der Europawahl 2014 darum,

ob es gelingt, unser in der Menschheitsgeschichte einzigartiges Friedensprojekt zu verteidigen;

ob es gelingt, unser solidarisches Gesellschaftsmodell auch im globalisierten 21. Jahrhundert zu bewahren;

ob es gelingt, mit unseren sozialdemokratischen Werten – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – als Richtschnur neue Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden;

ob es gelingt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen; ob es gelingt, die EU vom Kopf auf die Füße zu stellen. Um Europa zu retten. Denn Europa ist bedroht. Weil sich die Menschen von Europa abwenden. Sie wenden sich ab, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Sorgen nicht ernst genommen werden. Dass es ihnen nicht besser sondern schlechter geht.

Deshalb: Ich will das Leben der Menschen in Europa verbessern, sie wieder mit der Idee Europa versöhnen und sie für Europa zurückzugewinnen. Darum geht es bei der Europawahl 2014!

Die meisten von Euch kennen mich. Ihr wisst, wenn es um Europa geht, wenn es um die europäische Einigung geht, dann gilt für mich: Ich bin ein Überzeugungstäter. Ich habe mein ganzes politisches Leben für Europa gekämpft.

Und deshalb schmerzt es mich, das zu sagen. Aber ich weiß, dass es notwendig ist, es zu sagen: Wir müssen die Europäische Union verändern und wir müssen sie besser machen. Weil die EU in einem bedauerlichen Zustand ist. Und das ist nicht egal. Das darf uns nicht egal sein. Denn eine EU in einem bedauerlichen Zustand schadet Deutschland, schadet den anderen EU-Mitgliedsländern, schadet den Menschen in Europa, die darauf vertrauen, dass Politik ihr Leben besser macht.

Denn genau dafür ist die Politik doch da. Das haben viele in der EU vergessen. Politik, Institutionen, dürfen nie Selbstzweck sein. Sondern nur Mittel zum Zweck. Und der Zweck von Politik muss sein: pragmatisch Lösungen zu finden. Einen Rahmen schaffen, in dem Menschen ein gutes Leben, ein würdiges Leben führen können.

Einige von Euch kennen mich noch als jungen Bürgermeister von Würselen, einer schönen Stadt im Rheinland, im Westen von Nordrhein-Westfalen.

Das ist meine Heimat.

Dort bin ich tief verwurzelt. Im Dreiländereck zwischen Deutschland, Belgien und Holland. Als Bürgermeister habe ich jeden Tag mit Menschen über ihre kleinen und großen Nöte gesprochen; habe zusammen mit den Betriebsräten, der Unternehmerin, dem Vereinsleiter, dem Pfarrer und der Lehrerin Lösungen erarbeitet für die Probleme, die beim Zusammenleben nun einmal entstehen.

In den Gemeinden, in den Städten gibt es wenig ideologische Schlachten. Wenig prinzipiellen Streit. In einer Gemeinde heißt regieren: Pragmatisches Handeln. Die Probleme von Menschen unmittelbar lösen. Dafür sorgen, dass die Dinge funktionieren. Dass jemand den Müll einsammelt. Die kaputte Ampel repariert. Der Schulbus fährt.

Ich habe große Hochachtung vor all jenen, die sich in ihrer Kommune, ihrem Landkreis oder in ihrer Stadt engagieren. Viele helfen vor Ort: in der Politik, in den Parteien, im Sportverein, in der Schule, im Betrieb, im Jugendzentrum, im Altenheim, im Kulturbereich oder in der Bürgerinitiative.

Sie sind es, die den Laden am Laufen halten.

Sie sind es, die Deutschland voranbringen.

Sie sind es, die Europa voranbringen.

Und deshalb: mich ärgert die Schnodderigkeit, die ich zu oft erlebe, die Herablassung mit der Kommunal- oder Landespolitik belächelt wird, als ginge es um Kleinkram.

Das Gegenteil ist richtig. Im Rathaus wird über das entschieden, was die Menschen am meisten in ihrem Leben betrifft.

Ich wünsche mir deshalb, dass wir, die Bundes- und Europapolitiker, sehr genau zuhören, wenn Landräte und Bürgermeister sprechen.

Ich will, dass wir uns vor Ort ein Bild darüber machen, welche Auswirkungen die Entscheidungen haben, die wir treffen. Denn auf der kommunalen Ebene erkennt man unmittelbar, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf das Alltagsleben der Menschen haben. Auf der kommunalen Ebene erfährt man direkt, welche Sorgen die Menschen haben. Was sie belastet. Was sie von der Politik erwarten.

Meine kommunalpolitische Erfahrung hat mich tief geprägt und in mir einen festen Grundsatz reifen lassen: An welcher Stelle auch immer ich politisch arbeite, ich will wissen, was die Auswirkungen meines Handels auf die Menschen vor Ort sind.

Deshalb verspreche ich euch: Wenn ich Kommissionspräsident bin, dann werde ich als erstes fragen: Müssen wir als Kommission das wirklich machen oder kann es nicht viel besser lokal, regional oder national gelöst werden? Ich werde fest dafür eintreten, dass die Probleme dort gelöst werden, wo das am besten geht. Dort, wo man am besten beurteilen kann, was die beste Lösung ist.

Ich will ein Europa, in dem Brüssel aus den guten Erfahrungen lernt, die in Kommunen, Ländern und auf nationaler Ebene gemacht werden.

Ich will ein Europa, das sich als Ansprechpartner für alle engagierten Initiativen begreift und offen ist für die unterschiedlichen Lösungsansätze in unterschiedlichen Regionen. Ich will ein Europa, das von unten nach oben gebaut ist.

Ja, an manchen Stellen werden wir mehr Europa brauchen. Aber an vielen Stellen muss der Brüsseler Drang gebremst werden, alles zu regulieren oder zu deregulieren.

- Warum muss die Kommission den Wasserverbrauch von Toilettenspülungen regeln oder den Energieverbrauch von Duschköpfen und Wasserhähnen?
- Warum sollen wir kommunale Sparkassen und Raiffeisenbanken abschaffen, obschon genau dieses besondere Modell ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist?
Eines der größten Probleme der Unternehmen in den Krisenstaaten ist der Zugang zu Krediten. In Deutschland hat sich der Mittelstand immer auf die regionale Kreditversorgung verlassen können, die durch Sparkassen und Volksbanken garantiert wird. Das ist eine Säule des Erfolgs der deutschen Wirtschaft! In dieser Logik muss man nicht das Sparkassenmodell zerschlagen, sondern es eigentlich exportieren wollen!
- Warum soll ein VW-Gesetz geändert werden? Obgleich VW eine europäische Erfolgsgeschichte schreibt, von der nicht nur die Arbeiter in Wolfsburg und anderen Standorten profitieren, sondern unser Land und Europa insgesamt?

Im Übrigen, der öffentliche Anteil an Volkswagen hat einen Grund: Er ist das Resultat der Rückgabe von durch die Nazis beschlagnahmten Vermögen der Gewerkschaften. Europa muss die Besonderheiten seiner Staaten schützen, so steht es im Lissabon-Vertrag. Die Besonderheit im Fall VW ist die Rückgabe von Vermögen an die deutsche Arbeiterschaft; Vermögen, das die Nazis für ihre verbrecherische Politik beschlagnahmt hatten. Warum muss man das verändern? Ich will, dass das VW-Gesetz bleibt!

Wenn ich Kommissionspräsident bin, will ich bei jeder neuen Richtlinie ganz genau wissen, ob eine Regelung aus Brüssel überhaupt notwendig ist und welche Folgen sie vor Ort hat. Ich will nicht weniger als einen Wechsel in der Mentalität der Kommission!

Anstatt sich im eifersüchtigen Konkurrenzgehebe der unterschiedlichen Verwaltungsebenen aufzureiben, will ich eine neue Arbeitsweise in der EU-Kommission durchsetzen. Eine Arbeitsweise, die sich am Subsidiaritätsprinzip orientiert. Je näher bei den Menschen eine Entscheidung getroffen wird, desto höher ist die Akzeptanz.

Deshalb: die EU ist nicht die Summe der Brüsseler Institutionen - die EU bildet sich aus den Völkern Europas, aus den hunderten tausenden Gemeinden, den Regionen, den 28 Staaten und den europäischen Institutionen! Das muss der neue Geist in Brüssel sein.

Die EU soll eben nicht alles machen. Die EU soll sich nicht überall einmischen. Die EU soll dort tätig werden, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern einen echten Nutzen bringt. Dort tätig werden, wo einzelne Nationalstaaten an ihre Grenzen stoßen. Und das gehört auch zur Wahrheit dazu: keine Gemeinde, keine Region, kein Land kann die großen Probleme in diesem 21. Jahrhundert alleine bewältigen: beim Klimawandel, beim Handel, bei der Währungspolitik, bei der Migration, bei der digitalen Agenda. Für diese Herausforderungen im 21. Jahrhundert brauchen wir eine starke EU mit einer starken Kommission, kontrolliert durch das Europäische Parlament, gestärkt und nicht beschimpft von den Mitgliedstaaten.

Bei meiner Kritik an manchen Zuständen in der EU geht es nicht darum, das Lied der Anti-Europäer zu singen. Im Gegenteil: In die Hände der Anti-Europäer spielen jene, die jede Kritik an der EU gleich als antieuropäisch abstempeln. Und damit jede Debatte, wie wir Europa besser machen können, im Keim ersticken. Ich kritisiere die EU auch, aber ich bin ein leidenschaftlicher Pro-Europäer.

Die SPD tritt seit ihrer Gründung für ein gemeinsames Europa ein und hat schon im Heidelberger Programm von 1925 die Vereinigten Staaten von Europa gefordert. Damit ist eine Vision formuliert, die richtig ist. Auch wenn die Nationalstaaten wichtig sind und bleiben werden.

Warum auch sollten sie verschwinden? Die Nationalstaaten sind die Heimat der Menschen und viele Menschen fühlen, dass die Nationalstaaten ihnen Identität schenken. Die nationale Identität ist vielen Menschen wichtig. Wir müssen die Sorge vieler Menschen ernst nehmen, die EU wolle sie ihrer Identität berauben. Unsere Sprachenvielfalt, unsere extrem reiche Kultur, das hellenistische und römische Erbe, die Renaissance und die Reformation, die Aufklärung und die Moderne, sind unser schützenswertes Erbe, das in seiner jeweils nationalen Ausprägung unbedingt erhalten bleiben muss. Aber es gibt auch das andere große Erbe Europas, das Erbe der Arbeiter- und Frauenbewegung, die ein auf Grundwerten aufgebautes Modell der demokratischen Gesellschaftsordnung geschaffen hat; ein Gesellschaftsmodell, in der die Wirtschaft nicht dem Reichtum der Wenigen dient sondern der Wohlfahrt aller. Das ist das Modell der sozialen und demokratischen, der sozialdemokratischen Wertegemeinschaft. Und dieses Modell – das unbedingt erhalten werden muss - wird in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts weit mehr bedroht als unsere nationale Identität.

Genau deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus gutem Grund schon immer für die europäische Idee gestritten. Gerade für uns ist es deshalb so unerträglich, wenn vielerorts wieder ein nationalistischer Populismus angestimmt wird. Ein Nationalismus, der behauptet, dass wir durch die Rückkehr zur vermeintlichen Idylle des Nationalstaates den Herausforderungen des 21. Jahrhundert begegnen könnten. Absurd! Lasst mich noch einmal zwei Zahlen nennen: Im Jahre 2050 wird Europa noch ungefähr fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen; 2050 wird Deutschland kein G-8 Land mehr sein, übrigens auch kein anderes europäisches Land.

Wer glaubt denn ernsthaft angesichts dieser Zahlen, dass wir besser dastehen würden, wenn nun jeder einzelne der 28 EU-Mitgliedsstaaten versuchen muss, seine Interessen in einer globalisierten Welt durchzusetzen? Glaubt irgendjemand, dass die USA, China und Russland mit irgendeinem einzelnen europäischen Staat auf Augenhöhe verhandeln würden? Auch Deutschland ist im Vergleich zu klein dafür.

Nein, das wird nicht funktionieren. Wenn die EU sich in ihre Einzelteile zerlegt, werden wir zum Spielball anderer Mächte. Das droht uns in der Währungspolitik, beim Klimaschutz,

beim Verbraucherschutz, beim Datenschutz, bei der Energieversorgung, beim Handel und in vielen anderen Bereichen. Was ich hier vortrage ist keine Theoriedebatte. Hier geht es ganz konkret um die Frage, wie wir unser europäisches Gesellschaftsmodell verteidigen können, unser soziales, demokratisches und wertegeleitetes Gesellschaftsmodell, wie wir unseren Lebensstandard und eben auch unsere kulturelle Vielfalt im 21. Jahrhundert gemeinsam bewahren können!

Für mich steht die Antwort fest: Entweder gewinnen wir als EU alle gemeinsam diesen Kampf oder jeder Einzelstaat verliert für sich alleine.

Deswegen sage ich: Die Populisten, die das Hohelied der Renationalisierung singen, verspielen die soziale Zukunft der nächsten Generation.

Sigmar hat recht: Wir dürfen diesen Parolen nicht auf den Leim gehen!

„Raus aus dem Euro“, „Grenzen wieder hoch“, „Migranten fliegen raus“ - das klingt einfach am Stammtisch. Aber diese Parolen sind hochgefährlich. Diese Parolen kommen als Lösungen maskiert daher - sie sind aber Nebelkerzen. Die sollen erst mal erklären, wie man ihre Ideen praktisch umsetzt. Wie soll denn der Austritt Deutschlands aus dem Euro praktisch funktionieren, ohne eine völlige Zerstörung unserer Wirtschaft und dem Verlust von Hundertausenden Arbeitsplätzen nach sich zu ziehen? Würden diese populistischen Parolen Realität, dann würde das Deutschland enorm schaden.

Denn Deutschland profitiert enorm von den offenen Grenzen im Binnenmarkt. Deutschland profitiert enorm vom Euro. Ich weiß, ihr wisst das alles. Aber es ist auch nötig, dass wir das in der Auseinandersetzung mit den Anderen sagen.

Bei der Europawahl 2014 geht es um mehr Demokratie.

Das klingt banal, ist es aber nicht. Denn lasst uns einen Moment daran erinnern, wie in der Vergangenheit die Kommissionspräsidenten bestimmt worden sind. Ich spreche ganz bewusst von "bestimmt" und nicht von gewählt, wie es sich eigentlich in einer Demokratie gehört. José Manuel Barroso ist ein Kollege, den ich persönlich sehr schätze, auch wenn ich in vielem seine Meinung nicht teile. Barroso wurde in einem bis heute nicht ganz nachvollziehbaren Prozedere hinter verschlossenen Türen nominiert. Den erstaunten Untertanen wurde ein Kandidat präsentiert, der bis dahin kein Programm für Europa vorgelegt hatte und der nirgendwo in Europa zur Wahl stand. Seit zehn Jahren ist er nun Kommissionspräsident!

Jetzt aber haben wir eine andere Situation und das liegt daran, dass der neue Kommissionspräsident auf einer anderen rechtlichen Grundlage gewählt wird: Nach der Europawahl bildet sich das Europaparlament neu und es wird den Staats- und Regierungschefs einen Vorschlag machen, wer eine Mehrheit im Parlament bekommen wird. Denn der Kommissionspräsident muss im Parlament gewählt werden.

Dadurch haben zum ersten Mal unsere Wählerinnen und Wähler das entscheidende Wort. Wer bei der Europawahl in Deutschland SPD wählt, gibt seine Stimme für einen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten ab. Und dieses Prinzip gilt in ganz Europa: Jede Stimme für eine sozialdemokratische Partei in Europa ist eine Stimme für einen sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten. Wir alle können damit für eine andere, für eine bessere EU stimmen! Die Menschen entscheiden - nicht irgendjemand in einem Hinterzimmer bei abgedunkeltem Licht!

Das ist nichts weniger als eine demokratische Revolution in Europa.
Eine demokratische Revolution von unten!

Nun lasst mich bitte eine Geschichte erzählen, die ich sehr aufschlussreich finde. Bei jedem Interview, das ich gebe, bekomme ich immer dieselbe Frage gestellt: "Wie ist der Deal, der mit Frau Merkel verhandelt wurde, damit Sie Kommissionspräsident werden? Was lief da in den Koalitionsverhandlungen?" Heute hat mich einer gefragt: „Herr Schulz, glauben Sie denn, dass Frau Merkel Sie unterstützt?“ – Darauf habe ich geantwortet: „Wenn sie die SPD wählt: Ja. Ich weiß aber nicht, ob sie das tut.“

Ich finde die Frage interessant, weil sich offensichtlich viele Journalisten überhaupt nicht vorstellen können, dass der Job des Kommissionspräsidenten durch eine Wahl bestimmt wird und nicht durch einen Deal. Deshalb hier und jetzt in aller Klarheit:

- Ich will Kommissionspräsident werden, indem ich die Mehrheit der 390 Millionen Wählerinnen und Wähler von meinem Programm überzeuge.
- Ich will Kommissionspräsident werden, indem ich europaweit für mein Programm eintrete und dafür werbe.
- Ich will Kommissionspräsident werden, indem ich eine Mehrheit der Abgeordneten im Europaparlament hinter mich bringe.

Ich will als Kommissionspräsident Resultat eines demokratischen Wahlgangs sein und nicht das Resultat eines Würfelvorgangs hinter verschlossenen Türen.

Und ich hoffe, dass ich mich darauf verlassen kann, dass meine Partei diesen Wahlkampf mit vollem Engagement führt! Denn die SPD ist die Europapartei in Deutschland und das seit 150 Jahren! Ich verlasse mich darauf, dass ihr alle mitkämpft!

Bei der Europawahl 2014 geht es um Arbeitsplätze.

Es ist schon fast trauriger Alltag geworden, morgens in der Zeitung von den neuen Horrorzahlen aus den Arbeitslosenstatistiken zu erfahren: 27 Millionen Menschen haben in der EU keine Job! Jeder vierte junge Mensch zwischen 15 und 24 hat keinen Job! Und es ist so leicht zu vergessen, dass hinter diesen Zahlen Menschen stehen. Ich habe das Privileg mit vielen Menschen zu sprechen.

Ich finde es bitter, wenn mir eine Mutter erzählt, dass sie ihren Kindern keine warme Mahlzeit geben kann – und das in Europa! Ich finde es bitter, wenn ich mit Eltern rede, denen Obdachlosigkeit droht, weil sie die Raten für das Haus nicht mehr bezahlen können. Ich finde es bitter Jugendliche kennen zu lernen, die schon 300 Bewerbung geschrieben haben, meistens keine Antwort kriegen und immer noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Arbeitslosigkeit bedeutet Armut. Aber der Verlust ist nicht nur materiell. Arbeit gibt Würde. Arbeit gibt Sinn. Arbeit ermöglicht Teilhabe an der Gesellschaft. Das heißt im Umkehrschluss: Arbeitslosigkeit entwürdigt. Arbeitslosigkeit entzieht Sinn. Arbeitslosigkeit verhindert Teilhabe.

Ich kann mich noch gut an den ersten Tag meiner Ausbildung erinnern, das war am 1. Februar 1975. Ich war so stolz, sagen zu können: Ich mache eine Ausbildung. Ich werde Buchhändler. Von meinem ersten selbst verdienten Geld habe ich mir voller Stolz einen Traum verwirklicht. Ich habe mir ein Abo der *Frankfurter Rundschau* gekauft. Einige Jahre später habe ich meine eigene Buchhandlung aufgemacht. Nie wieder hatte ich so stark das Gefühl, etwas im Leben erreicht zu haben, wie an diesem Tag.

Eine so hohe Arbeitslosigkeit, besonders eine so hohe Jugendarbeitslosigkeit, wie wir sie derzeit in Europa erleben, das sind unzählige individuelle Tragödien; in der Summe sind

diese individuellen Tragödien Gift für unsere Gesellschaften. Diese dramatische Arbeitslosigkeit zerstört das soziale Gewebe. Sie zerstört das Vertrauen in die Politik.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eine der Ursachen für den dramatischen Vertrauensverlust der Politik. Unter der Jugendarbeitslosigkeit leiden übrigens nicht nur die Jugendlichen. In manchen Ländern legen der Opa die Rente und die Mutter das Arbeitslosengeld zusammen, und man wohnt zu dritt in einer kleinen Mietwohnung - weil es sonst zum Leben nicht reicht.

Hier im Saal sind viele, deren Eltern zur Kriegsgeneration gehörten. Von dieser Kriegsgeneration - von der Generation meiner Eltern; Sigmar hat eben von seiner Mutter gesprochen - wurden nach dem Zweiten Weltkrieg viele Opfer abverlangt, über die wir heute gar nicht mehr nachdenken. Warum hat diese Generation ohne Murren diese Opfer gebracht? Weil die Regierungen ihnen sagten: Es ist für eure Kinder.

Und schaut euch unser Leben an! Wir dürfen ein Leben führen, von dem unsere Eltern nicht einmal zu träumen gewagt haben. Und was macht meine Politikergeneration, die Kinder dieser Eltern, die heute auf der europäischen Ebene Verantwortung tragen? Meine Politikergeneration verlangt von Eltern in vielen Ländern der Europäischen Union schmerzhaftes Opfer. Und wofür? - Um Banken zu retten! Und für ihre Kinder wird nicht ein Zehntel von dem aufgebracht, was zur Stabilisierung des Banken- und Eurosystem aufgebracht wird.

Kein Wunder, wenn diese Menschen das Gefühl bekommen, dass sich niemand um sie kümmert. Wir schulden den jungen Menschen, die mit ihren Lebenschancen für eine Krise bezahlen müssen, die andere verursacht haben, vor allem eines, und das werde ich machen, wenn ich Kommissionspräsident bin: Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen und den Kampf gegen diese zerstörerische Jugendarbeitslosigkeit!

Es reicht natürlich nicht, Arbeitsplätze zu schaffen - es müssen auch gute Arbeitsplätze sein. Auch in Deutschland haben immer mehr Menschen zwei, drei, Jobs weil ein Job nicht zum Leben reicht. Ich hätte mir nicht träumen lassen, dass wir in diesem Land einmal amerikanische Verhältnisse haben. Aber das ist die Realität. Rentner müssen auch nach einem langen Arbeitsleben noch schuften. Junge Menschen stecken in einer fatalen Spirale aus Arbeitslosigkeit, Zeitverträgen und unbezahlten Praktika fest.

In fünf Jahren will ich zu der jungen Spanierin, die trotz zweier akademischer Abschlüsse arbeitslos ist, sagen können: Wir haben die Jugendarbeitslosigkeit gesenkt.

Und zu allen, die heute noch zu Sklavenlöhnen malochen, will ich sagen können: Wir haben einen europäischen Mindestlohn eingeführt, der nicht überall gleich ist, der an die

jeweiligen Bedingungen im Land angepasst ist, aber es Menschen überall in der EU ermöglicht, in Würde zu leben.

Wenn ich Kommissionspräsident bin, dann werde ich dafür kämpfen, dass nicht nur Arbeitsplätze sondern gute Arbeitsplätze entstehen!

Mit einem Einkommen mit dem man in Würde leben kann. Mit Löhnen unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Landes, die es den Menschen ermöglicht dort zu leben und zu arbeiten, wo sie zuhause sind. Das ist mein Programm gegen Armutszuwanderung in Europa - und nicht billige Hetze gegen ausgebeutete Menschen!

Bei der Europawahl 2014 geht es um wirtschaftliche Innovation.

Den Wirtschaftsstandort Europa schützen und dort, wo Versäumnisse gemacht wurden wieder aufzuholen, das heißt: Ein klares Bekenntnis zum Wissenschafts- und Industriestandort Europa. Industrielle Wertschöpfung ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und unseres Wohlstands. Das hat uns die Finanzkrise mitsamt ihren Auswirkungen noch einmal deutlich vor Augen geführt.

- Deshalb müssen wir stärker auf Innovation und Forschung setzen, und europäische Gelder gezielt in Forschung und Entwicklung, in Innovation, in Ausbildung und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen investieren. Das ist die Grundlage, um unsere Wettbewerbsfähigkeit im interkontinentalen Wettbewerb dauerhaft für die Zukunft zu sichern.
- Es gilt, das enorme Potenzial der digitalen Agenda für eine dritte industrielle Revolution zu realisieren und unsere Energienutzung hin zur Nachhaltigkeit zu transformieren. Ich habe es erst vor wenigen Tagen gesagt, und ich bleibe auch dabei: Das ist ein Jahrhundertprojekt, dem sich Sigmar Gabriel mit ganzer Kraft widmet.
- Den Wirtschaftsstandort Europa schützen, das heißt, unnötige bürokratische Regelungen abzubauen, unser Ausbildungssystem zu reformieren und den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Viele kleine und mittlere Unternehmen auch bei uns klagen darüber, dass die EU ihnen mit bürokratischen Regeln das Leben schwer macht. Dazu will ich sagen: Ja, das stimmt. Aber es sind nicht nur die Beamten in Brüssel, sondern es liegt auch an den nachgeordneten Stellen. Deshalb mein Vorschlag: Ich fange in Brüssel als Kommissionspräsident an mit dem Abbau bürokratischer Regeln. Aber auf der nationalen, der regionalen, der lokalen Ebene

müssen dann ebenfalls weniger bürokratische Regeln herrschen. Damit täten wir den Unternehmen gemeinschaftlich einen Gefallen.

- Zur Kreditpolitik in Europa: Es geht nicht an, dass die Banken für 0,25 Prozent Zinsen Geld von der EZB bekommen – teilweise sind diese Banken durch Steuergelder gerettet worden! – und dieses Geld dann nicht an die Realwirtschaft weitergeben, sondern schon wieder in die nächste gefährliche Spekulationsblase investieren. Wenn ich Kommissionspräsident werde, werde ich den Chef der EZB bitten: Macht damit Schluss! Billiges Geld ja - aber für die Entwicklung und die Investitionen in die Wirtschaft aber nicht für das Befeuern der nächsten Spekulationsblase.
- Den Wirtschaftsstandort Europa schützen heißt, bei internationalen Handelsabkommen die Absatzchancen für europäische Produkte zu verbessern. Deshalb bin ich sehr wohl für internationale Handelsabkommen. Aber ihr könnt euch darauf verlassen, dass ich dagegen bin, unsere Standards zu senken. Das gilt für genmanipulierte Nahrungsmittel. Das gilt für unsere anderen ökologischen und sozialen Standards. Denn unser Gesellschaftsmodell, mit der Sozialpartnerschaft und mit starken Gewerkschaften ist kein Standortnachteil, sondern ein Standortvorteil!

Ich will in fünf Jahren zum angehenden Lehrling, der sich über seine Berufswahl Gedanken macht, sagen können, dass wir Investitionen in erneuerbare Energien getätigt haben, die uns unabhängig von Öl- und Gaslieferungen machen und Tausende neuer Jobs schaffen, die gut bezahlt und nachhaltig sind.

Und zum italienischen Unternehmer, der für seine brillante Geschäftsidee keinen Kredit bekommt: Wir haben die Kreditklemme überwunden, indem wir die Banken sicherer gemacht und neue Instrumente für die Vergabe von Krediten geschaffen haben.

Zur Chefin eines mittelständischen Unternehmens, der die Vorschriftenflut, national wie europäisch, Kopfschmerzen macht: Wir haben unsinnige bürokratische Regeln abgeschafft.

Zu dem Arbeiter, der sich von der wachsenden Konkurrenz in den Schwellenländern bedroht fühlt: Wir haben die intelligente Re-industrialisierung Europas eingeleitet, dein Job ist sicher.

Und zum angehenden Unternehmer, der sich selbständig macht: Wir haben die Digitale Agenda priorisiert und die nächste industrielle Revolution in Europa eingeleitet, und so den Standort Europa im globalen Wettbewerb auch in diesem neuen Markt geschützt.

Wenn ich Kommissionspräsident bin, dann werde ich den Wirtschaftsstandort Europa schützen und zukunftsfähig machen!

Zu lange hat eine neoliberale Politik die wirtschaftliche Freiheiten über die Grundrechte der Menschen gestellt; zu lange hat eine neoliberale Politik die Durchökonomisierung aller Lebensbereiche befördert; zu lange hat eine neoliberale Politik Banken für systemrelevant gehalten - unsere Jugend aber nicht. Durch die Exzesse einer entfesselten Finanzwirtschaft leiden Menschen und Unternehmen in Europa!

Dieses Europa ist nicht mein Europa. Mein Europa schützt die Menschen und bietet verantwortungsbewussten Unternehmen ein gutes Umfeld an.

In meinem Europa schützt der Staat den sozialen Frieden und baut ihn aus - mit starken Unternehmen und starken Gewerkschaften auf der nationalen Ebene und in Kooperation der nationalen mit der europäischen Ebene!

In diesem Zusammenhang ein Grundsatz: Wirtschaftliche Erholung in Europa wird es nicht geben, wenn es keine Steuergerechtigkeit gibt. Sigmar Gabriel hat in seiner Rede auf einen der größten Missstände im Wirtschaftssystem der EU hingewiesen: die unsägliche Möglichkeit der Steuerflucht. Udo Bullmann hat es heute Morgen auf der Delegiertenkonferenz ebenfalls beschrieben: Steuerflucht und Steuervermeidung sind zum Sport einiger Großunternehmen geworden. Es kann nicht sein, dass in Europa Unternehmen Milliardengewinne machen, aber keine Steuern zahlen, während die einfachen Steuerzahler und einfachen Unternehmer die Zeche für eine Kreditwirtschaft zahlen, die sich verspekuliert hat.

Wenn ich Kommissionspräsident bin, werde ich den Staats- und Regierungschefs etwas ganz Einfaches vorschlagen: Das Land, in dem der Gewinn gemacht wird, ist das Land, in dem die Steuer gezahlt wird. Dafür braucht man kein europäisches Finanzministerium. Aber es würde dieser Steuerflucht endlich den Garaus machen.

Europa ist nicht gerecht. Europa ist zu bürokratisch. Europa ist nicht demokratisch genug. Europa ist zu intransparent. Europa wird bedroht von Populisten. Populisten, welche die Einwanderungspolitik für ihre Interessen benutzen wollen.

Am 1. Januar standen britische Kamerateams an den Grenzen, um die massenhafte Zuwanderung des „Lumpenproletariats“ aus Bulgarien und Rumänien zu filmen. Mittags sind sie wieder abgezogen, weil kein Mensch gekommen ist.

Freizügigkeit ist in Europa ein Grundrecht!

Es ist Unsinn, zu behaupten, dass jeder sofort Sozialhilfe bekommen kann.

Natürlich müssen wir den Kommunen bei der Bewältigung sozialer Probleme helfen.

Aber wir dürfen keine Hetze gegen andere Menschen zulassen. Und wir dürfen nicht zulassen, dass eine der größten Errungenschaften Europas aufgegeben wird - die Freizügigkeit!

Ich ziehe in den Wahlkampf mit einem Programm für mehr soziale Gerechtigkeit.

Für ein innovatives und wirtschaftsstarkes Europa.

Für ein Europa, das seine Standards in den weltweiten Handelsbeziehungen selbstbewusst verteidigt.

Wir Europäerinnen und Europäer genießen soziale, ökologische und bürgerliche Grundrechte, die Menschen in anderen Teilen der Erde nicht haben.

Ich will nicht, dass Menschen in anderen Teilen der Welt hemmungslos von europäischen und amerikanischen, von indischen und chinesischen Unternehmen ausgebeutet werden können; von Unternehmen, die wettbewerbsfähiger und billiger sind, weil sie kein Grundrecht - kein ökologisches, kein soziales, kein bürgerliches Grundrecht – respektieren. Deren Produkte so billig sind, dass kein in Europa hergestelltes Produkt damit konkurrenzfähig ist. Wir Europäer aber gleichzeitig sagen: „Ihr habt keine Restriktionen zu fürchten“, „Ihr kommt auf unseren Markt“.

Europa ist der reichste Binnenmarkt der Welt, auf den viele Unternehmen ihre Güter exportieren wollen. In unserer internationalen Handelspolitik muss im Interesse der Verteidigung unserer Grundwerte gelten: Wer seine Güter nach Europa liefern will, der muss unsere europäischen Standards akzeptieren. Im Alleingang kann das kein Land durchsetzen. Aber eine starke Europäische Union, kann diese Rechte gemeinsam verteidigen!

Marie le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, die Extremisten der „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland, die sind alle wieder da. Die sind alle wieder da und erzählen den Menschen: Die Nation zuerst! Keine Zuwanderung! Wir sind im Jahre 2014. Ich will ein Europa, das im Jahre 2014 nicht die Fehler von 1914 wiederholt.

Sondern sich auf eine Sache besinnt: Wir haben durch die Strukturen, die wir geschaffen haben, die Dämonen des 20. Jahrhunderts - den Hass, die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus - gebannt; wir haben die Dämonen aber nicht abgeschafft. Die Menschen sind, wie sie sind. Zerschlagen wir diese Strukturen, dann sind die Dämonen ganz schnell wieder da. Das beste Immunsystem gegen die Renationalisierung, gegen den Hass, gegen die Fremdenfeindlichkeit ist die Verteidigung unseres einzigartigen werteorientierten Gesellschaftsmodells! Es ist ein soziales, es ist ein demokratisches, es ist ein sozialdemokratisches Wertemodell, und deshalb sollte es auch ein Sozialdemokrat anführen.